

# BUNDESTAGSREPORT

## DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG



Dagmar Enkelmann - Wolfgang Neskovic - Kirsten Tackmann - Lothar Bisky - Diana Golze

### LINKE verteidigt konsequent Selbstbestimmungsrecht der Frauen von Kirsten Tackmann

Nach langer, schwieriger Debatte hatte der Bundestag 1995 die Regelungen für Schwangerschaftsabbrüche nach der 12. Woche geändert. Seitdem sind sie nur noch möglich, wenn es der Frau aus körperlichen oder seelischen Gründen nicht möglich ist, die Schwangerschaft fortzusetzen. Eine Ärztin oder ein Arzt muss eine so genannte medizinische Indikation feststellen, die den Abbruch dann aber ausdrücklich rechtlich und moralisch legitimiert.

Die Mehrheit der damaligen PDS-Abgeordneten hatten diesem Kompromiss zum § 218 a nicht zugestimmt, weil er in das Selbstbestimmungsrecht von Frauen eingreift, die allein über die Fortsetzung einer Schwangerschaft entscheiden können, werden und auch allein entscheiden müssen.

Der Staat kann nur legale und sichere Bedingungen dafür schaffen. Schon damals war vermutet worden, dass der Kompromiss nicht lange halten wird gegen den Druck erzkonservativer so genannter Lebensschützer. Nach mehreren gescheiterten Versuchen hat nun am 13. Mai 2009 eine Bundestagsmehrheit aus Abgeordneten der CSU, CDU, SPD, FDP und Grünen den 1995er Kompromiss aufgekündigt und durch eine Beratungspflicht für Ärztinnen und Ärzte mit Strafandrohung das Schwangerschaftskonfliktgesetz verschärft. Das ist scheinheilig, auch angesichts der

aktuellen Diskussionen zur fehlenden finanziellen Absicherung der Beratungsstrukturen z. B. in Brandenburg!

Außerdem wurde eine Zwangsfrist für die Ärzteschaft (nicht für die Frauen!) beschlossen: 3 Tage mindestens müssen mindestens zwischen Diagnosestellung und Bescheinigung der medizinischen Indikation liegen. Entgegen aller Warnungen von denen, die es wissen müssen - also Beratungsorganisationen und Fachärzteschaft - und die vor einem Generalverdacht gegen die Schwangeren und ihre Ärztinnen und Ärzte sowie vor einer Verletzung des Vertrauensverhältnisses warnen, auf das sie angewiesen sind. Deren wirkliche Probleme hat der Gruppenantrag von 50 Abgeordnete der LINKEN (DS 16/xxx) aufgegriffen.

Die LINKE war damit die einzige Fraktion, die das Selbstbestimmungsrecht der Frauen konsequent verteidigt hat.

Im Entwurf des Bundestagswahlprogramms steht deshalb aus guten Gründen die Forderung auf Streichung des § 218. Wir bleiben damit verlässlich an der Seite der Schwangeren und ihrer Familien.

#### In dieser Ausgabe:

**LINKE will Grundgesetz stärken**  
Dagmar Enkelmann

**Bundesregierung leugnet gestiegenes Armutsrisiko von Kindern**  
Diana Golze

**Für einen werbefreien öffentlich-rechtlichen Rundfunk**  
Lothar Bisky

**Verschlussache Verwaltung**  
Wolfgang Neskovic

**Pressemittelungen u. Reden der Landesgruppe**

**Betriebsrätekonferenz: Gerechtigkeit, Gute Arbeit und Öffentliche Güter in der Krise?**  
20. Mai in Berlin

**Informationen zum Thema: Schutzschirm für Menschen**

**(kurz) Rückblick auf die Sitzungswoche**

**- Deutscher Bundestag- Fraktion DIE LINKE - Landesgruppe Brandenburg -**

V.i.S.d.P.: Dr. Kirsten Tackmann MdB; 11011 Berlin- Platz der Republik 1;

Tel.: 030- 227 74308; Fax: 030- 227 76308; Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

**LINKE will Grundgesetz stärken**  
 von Dagmar Enkelmann



Auch fast 60 Jahre, nachdem das Grundgesetz der Bundesrepublik verkündet wurde, zeigt sich, dass es sich bewährt hat. Umso kritischer steht DIE LINKE den unablässigen Versuchen besonders von Innenminister Schäuble gegenüber, die verfassungsmäßigen Rechte der Bürgerinnen und Bürger einzuschränken oder ganz abzuschaffen. Die Entwertung des Asylrechts ist da nur ein unrühmliches Kapitel. Nicht nur einmal - so beim Luftsicherheitsgesetz, bei der Vorratsdatenspeicherung und der Online-Durchsuchung - wurde die Koalition erst durch das Bundesverfassungsgericht gestoppt. Die Demokratie stärkt man aber nicht, indem man sie abbaut.

Jetzt soll wegen der Piraten vor der somalischen Küste das Grundgesetz geändert werden. Offenbar

will der Innenminister die letzten Wochen nutzen, in denen die Regierungskoalition noch über eine Zwei-Drittel-Mehrheit verfügt, um letztlich den Einsatz der Bundeswehr im Innern doch noch zu legitimieren. Inwieweit die SPD gegenüber diesem Ansinnen standhaft bleibt, ist abzuwarten. Als Streiterin für die Rechte der Bürgerinnen und Bürger hat sie sich nicht gerade hervorgetan. Vor Jahresfrist hatte die SPD-Fraktion beschlossen, dass die Kinderrechte, wie sie in der UN-Charta formuliert sind, endlich auch im Grundgesetz verankert werden sollen - ein Forderung, für die sich DIE LINKE seit Anfang der Wahlperiode stark macht.

Von den vollmundigen Ankündigungen der SPD, sich für Kinderrechte einzusetzen, ist aber nichts übrig geblieben. Begründet wird

das - wie üblich -, dass die Union nicht mitmache und deswegen die Koalitionsräson gelte. Für mich ist das eine billige Ausrede. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Koalition zerbricht, weil die SPD bei den Kinderrechten einmal der politischen Mehrheit im Bundestag zur Geltung verhilft.

DIE LINKE hält das Grundgesetz bei den Bürgerrechten für vorbildlich, sieht aber Ergänzungsbedarf bei den sozialen Rechten, so beim Recht auf Arbeit oder beim Recht auf Wohnen. Für DIE LINKE leiten sich diese Forderungen direkt aus dem Sozialstaatsgebots ab. Wir sind auch dafür, die plebiszitären Elemente des Grundgesetzes zu stärken. Dazu hat die LINKE einen Vorschlag für eine Volksgesetzgebung gemacht, der leider von der Mehrheit des Bundestages abgelehnt wurde.

Letztlich will die DIE LINKE auch, dass - fast 20 Jahre nach der Einheit - der Artikel 146 des Grundgesetzes zur Geltung kommt: "Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist." Für eine solche, vom Volk beschlossene Verfassung wäre der Entwurf, wie er vom Runden Tisch in der Wendezeit erarbeitet wurde, eine gute Vorlage.

### Bundesregierung leugnet gestiegenes Armutsrisiko von Kindern von Diana Golze

Die Bundesregierung handelt nach dem Motto: Ignorieren, Schönreden und den eigenen Misserfolg dann auch noch bejubeln. Damit ist sie weiter denn je davon entfernt, das Problem der Kinderarmut zu beseitigen. Das macht sie mit der Antwort auf die Große Anfrage unserer Fraktion „Ursachen und Folgen von Armut bei Kindern und Jugendlichen“ deutlich – in der Debatte im Plenum herrschte auf der Regierungsbank gähnende Leere!

Diese Abwesenheit hat ihren Grund, denn die Antwort der Bundesregierung ist der Gipfel der Ignoranz. Sie ist aber auch ein Spiegelbild dessen, was von dieser Regierung an wirksamer Armutsbekämpfung auf den Weg gebracht wurde: Nichts, das die Situation der 2,5 Millionen von Armut betroffenen Kinder auch nur annähernd verbessert hätte! Die häufigste Antwort der Bundesregierung auf unsere Fragen zu Ausmaß und Ursachen der Kinderarmut lautet wohl auch aus diesem Grund: „Dazu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.“

Die familienpolitischen Instrumente, die das Familienminis-



terium in Angriff genommen hat, zielten ja auch auf andere Bevölkerungsgruppen ab: das Elterngeld, die Privatisierung der Kindertagesbetreuung und die Erhöhung der steuerlich absetzbaren Betreuungskosten. Bei all diesen Maßnahmen waren einkommensschwache Familien die Verlierer!

Die Zahl der Kinder, die in Suppenküchen Mittag essen müssen oder mit hungrigem Magen in der Schule sitzen, wird immer größer. Skandalös ist vor diesem Hintergrund die Antwort der Regierung auf die Frage, ob die Hartz IV- Sätze zur Verhinderung von Kinderarmut ausrei-

chen. "Ja. Die Regelsätze in der Sozialhilfe sichern das soziokulturelle Existenzminimum". Von Preissteigerungen bekommt man in den Ministerien offenbar nicht viel mit. Mit Schönfärberei wird das Problem Kinderarmut nicht gelöst werden. Die Antwort der Bundesregierung zeigt, dass es DIE LINKE braucht, um unbequeme Wahrheiten zu benennen und nach Lösungen zu suchen!

## Für einen werbefreien öffentlich-rechtlichen Rundfunk

von Lothar Bisky



Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn liegt in Frankreich derzeit bei 8,71 Euro in der Stunde. Unsere europäischen Nachbarn sind uns auch in einem anderen Punkt voraus: Die Französisinnen und Franzosen werden in ihrem öffentlichen Rundfunk nicht mit Werbung belästigt. Ich finde, was in unserem westlichen Nachbarstaat möglich ist, muss auch in Deutschland möglich sein, denn: Für einen werbefreien öffentlich-rechtlichen Rundfunk gibt es gute Gründe. Die Skandale um die Schleichwerbung haben gezeigt, dass es allerorten Missbrauch gibt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk

muss aber auch werbefrei sein, um dauerhaft eine unabhängige Berichterstattung und ein vielfältiges kulturelles Programmangebot zu sichern. Er muss sich als Korrektiv und nicht als ein Nachahmer der Privaten verstehen. Hier braucht es schleunigst ein Umdenken. Die FDP will übrigens genau das Gegenteil. Sie hat einen Antrag in den Bundestag eingebracht, generell Werbebeschränkungen in Medienangeboten aufzuheben. Ich erkenne ja an, dass die Wirtschaftsliberalen ihre Wählerklientel in der Werbewirtschaft und in den Privatsendern mit einer schrankenlosen Liberalisierung ein zünftiges Wahlge-

schenk liefern wollen. Das gilt es im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher zu stoppen, denn ich finde es sinnvoll, zum Beispiel für Alkohol- und Tabak nicht oder zumindest doch nur sehr eingeschränkt werben zu dürfen. Sinnvolle Warnungen vor dem Missbrauch von Tabak, Alkohol und anderen Drogen und gut verständliche Aufklärungskampagnen müssen meines Erachtens ein gemeinsames Ziel der im Bundestag vertretenen Parteien sein. Leider ist das nicht der Fall.

Auch die Neufassung der „Europäischen Fernsehrichtlinie“ macht es der Aufklärung in Europa zu meinem Bedauern nicht leichter; denn sie ist nichts anderes, als eine einzige Liberalisierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Werbung. Dagegen wehren wir LINKE uns und plädieren für ein sinnvolles Maß an Werbung. Vor allem Werbung für Drogen aller Art halten wir für kontraproduktiv. Für uns gilt: Fragen des Gesundheitsschutzes und des Verbraucherschutzes dürfen nicht für die Maximierung von Gewinninteressen missbraucht werden!

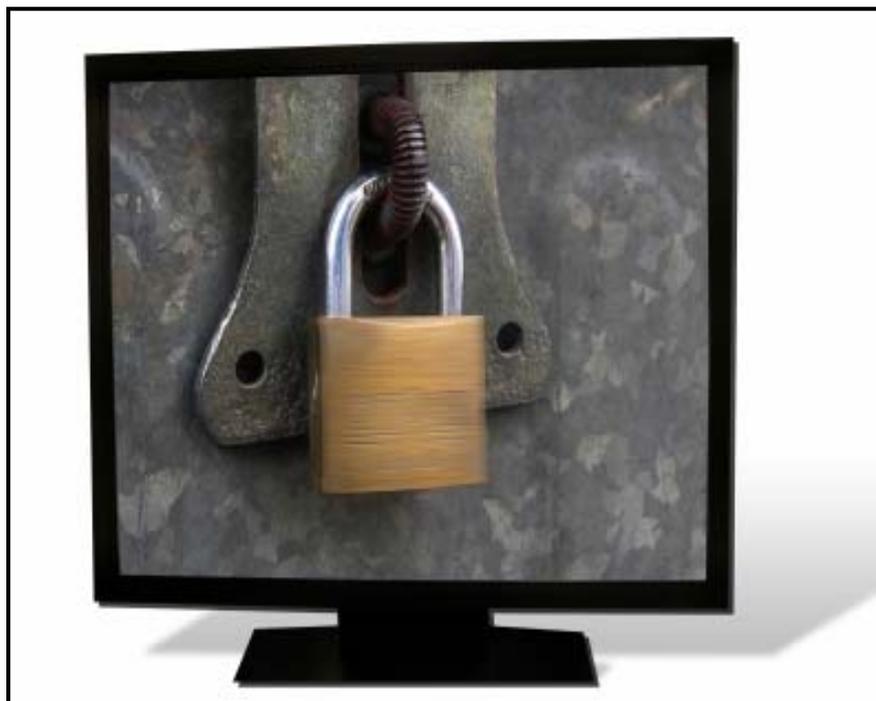
## Verschlusssache Verwaltung

von Wolfgang Neskovic

Der Brandenburgischen Landesverfassung gilt als besonders fortschrittlich und vorbildlich. So wurde in Artikel 21 Absatz 4 - zum damaligen Zeitpunkt bundesweit einmalig - das Recht auf Einsicht in behördliche Akten und Unterlagen voraussetzungslos festgeschrieben. 1998 wurde dieses Verfassungsrecht mit dem brandenburgischen Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz einfachgesetzlich umgesetzt.

Auf Bundesebene dauerte es bis zum Jahr 2006, bis man sich zu einer entsprechenden Regelung durchringen konnte. Seitdem haben die Bürgerinnen und Bürger auch gegenüber Bundesbehörden einen Rechtsanspruch auf amtliche Informationen. Mit dem Informationsfreiheitsgesetz sollte mehr Transparenz geschaffen und obrigkeitsstaatliche Geheimniskrämerie beendet werden.

Die praktischen Erfahrungen drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes sind jedoch ernüchternd. Restriktive Interpretation des Gesetzes, Hinhaltenaktik und unverhältnismäßig hoher Gebühr haben dazu geführt, dass das Ziel des Gesetzes - mehr Licht in die Amtsstuben zu bringen - weitestge-



hend verfehlt wurde. Besonders ärgerlich ist eine Regelung, nach der die Informationen zwar frei, aber teuer sind. Wer Auskunft begehrt, muss dafür bis zu 500 Euro zahlen, in Ausnahmefällen mehr. Ein Hartz IV- Empfänger wird dieses Rechtes damit von Anfang an beraubt.

In der vergangenen Sitzungswoche hat sich der Bundestag mit zwei Anträgen zur Ausweitung und Verbesserung der Anwendung des Informationsfreiheitsgesetzes beschäftigt. DIE LINKE unterstützt diese Anträge. Nur informierte Bürgerinnen und Bürger können effektiven Gebrauch von anderen Grund-

rechten wie dem Recht auf freie Meinungsäußerung oder auch dem Wahlrecht machen. Transparenz und Offenheit des Verwaltungshandelns sind für die demokratische Meinungs- und Willensbildung unerlässlich. In einer Demokratie dürfen sich die Mitgestaltungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger nicht auf den Wahlakt beschränken. Akteneinsichts- und Informationszugangsrechte sind die Schlüssel, das notwendige Handwerkszeug für die politische Mitgestaltung.

**Pressemitteilungen und Reden der Landesgruppenmitglieder:**

<http://www.lothar-bisky.de>



**PE: Aktuelle Umfragen stützen LINKE: Mehrheit will EU-Vertrag neu verhandeln**  
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1292770646>

<http://www.dagmar-enkelmann.de>



<http://www.diana-golze.de>



**PE: Gute Kitas sind nicht zum Billigtarif zu haben**  
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1252489199>  
**Rede: Ursachen und Folgen von Armut bei Kindern und Jugendlichen**  
<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1300815915>  
**Rede: Kein Ausbau des Sacrow-Paretzer-Kanals**  
<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1315386925>

<http://www.wolfgang-neskovic.de/>



**PE: Für eine soziale Verfassung**  
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1250786719>  
**PE: Empörende Äußerungen**  
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1203824801>  
**Rede: Visionen sind Pflicht**  
<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1306625181>

<http://www.kirsten-tackmann.de>



**PE: Milcherzeugerbetriebe nicht zum Spielball machen**  
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1221103412>  
**Rede: Für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen**  
<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1346339857>  
**Rede: Gentech-Agrarkonzerne maximieren ihre Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit!** <http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1355470689>

## Gerechtigkeit, Gute Arbeit und Öffentliche Güter in der Krise?

Regionale Betriebs- und Personalrätekonferenz der Fraktion DIE LINKE für Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern *in Berlin im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus*, Anhörungssaal 3 .101, **20. Mai 2009, Berlin, 10 - 16 Uhr**

### 10 Uhr Anreise und Eröffnung

Dr. Dagmar Enkelmann, *1. Parl. Geschäftsführerin Fraktion DIE LINKE*;  
Harald Wolf, *Wirtschaftssenator und Bürgermeister von Berlin*;  
Dieter Scholz, *Vorsitzender DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg*

### 11.05 Uhr Berichte

Beschäftigte unter Druck mit Klaus Ernst, *Stellv. Vorsitzender Fraktion DIE LINKE*;  
Benedikt Hopmann, *Rechtsanwalt von Emmely, der KassiererIn bei Kaisers*

### 12.05 Uhr Krise bekämpfen, Gerechtigkeit und Gute Arbeit durchsetzen.

Klaus Ernst, *Stellv. Vorsitzender, Fraktion DIE LINKE*

### 13.10 Uhr Imbiss

### 13.50 Uhr Workshops

#### 1. Öffentliche Daseinsvorsorge in der Krise – Sparzwang oder Chance

mit Dr. Gesine Löttsch, *Stellv. Vorsitzende Fraktion DIE LINKE*;  
Ralf Krämer, *verdi Abteilung Wirtschaftspolitik*;  
Christina Emmrich, *Bezirksbürgermeisterin Berlin-Lichtenberg*

#### 2. Zu wenig Geld für gute Arbeit - Wann kommt der gesetzliche Mindestlohn?

mit Dr. Kirsten Tackmann, *Vorstandsmitglied Fraktion DIE LINKE*;  
Heidemarie Gerstle, *Frauen und Gleichstellungspolitik verdi Landesbezirk Berlin-Brandenburg*;  
Henning Foerster, *Betriebsratsvorsitzender DB Dialog Telefonservice GmbH*

### 3. Ohnmacht,

#### Massenentlassungen und Lohnsenkungen – Betriebliche Auseinandersetzungen in der Wirtschaftskrise

mit Heidrun Bluhm, *MdB DIE LINKE*;  
Michael Hörz, *Betriebsrat zoomer.de*; Carsten Frick, *stellv. Betriebsratsvorsitzender Peene-Werft GmbH*

### 16 Uhr Schlusswort und Ende der Konferenz

Dr. Gesine Löttsch, *Stellv. Vorsitzende Fraktion DIE LINKE*

### Anmeldung bitte an

030/227-56544 faxen, per mail an: [veranstaltung@linksfraktion.de](mailto:veranstaltung@linksfraktion.de),

**Betreff: BR-Berlin** oder per Post senden an: Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Fraktionsservice, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

FINANZ- &  
WIRTSCHAFTS-  
KRISE

**SCHUTZ  
SCHIRM**

FINANZ- &  
WIRTSCHAFTS-  
KRISE

**Links zu Thema der Fraktion:**

**Schutzschirm**

[http://www.linksfraktion.de/thema\\_der\\_fraktion.php?artikel=1752126452](http://www.linksfraktion.de/thema_der_fraktion.php?artikel=1752126452)

**Finanz- und Wirtschaftskrise**

<http://www.linksfraktion.de/finanzkrise.php>

**Wirtschaftspolitik**

[http://www.linksfraktion.de/thema\\_der\\_fraktion.php?artikel=1729026680](http://www.linksfraktion.de/thema_der_fraktion.php?artikel=1729026680)

**Öffentlich finanzierte Beschäftigung**

[http://www.linksfraktion.de/thema\\_der\\_fraktion.php?artikel=1772228569](http://www.linksfraktion.de/thema_der_fraktion.php?artikel=1772228569)

**Managergehälter**

[http://www.linksfraktion.de/thema\\_der\\_fraktion.php?artikel=1714479897](http://www.linksfraktion.de/thema_der_fraktion.php?artikel=1714479897)

**Die Krise der Automobilindustrie - unser Konzept für Opel!**

<http://www.linksfraktion.de/wortlaut.php?artikel=1594558237>

**Wir zahlen nicht  
für eure Krise!**

Schutzschirm für Menschen:  
Demonstration am 16.5., Berlin

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG



**Flugblatt: Ein Schutzschirm für Menschen**

DIE LINKE hat ein sozial gerechtes Programm gegen die Krise, das die Rechte der Beschäftigten stärkt, Arbeitsplätze und Einkommen sichert und das garantiert, dass nicht die Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentnerinnen und Rentner die Kosten dieser Krise zahlen, sondern diejenigen, die sie verursacht haben.

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7746955207.pdf>



**Folder: Milliarden verzoockt, Vertrauen verspielt, der Casino-Kapitalismus ist gescheitert.**

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7709848747.pdf>



**KLAR: Ein Schutzschirm für Menschen**

Der Schutzschirm für die Banken ist riesig. Aber ein Schutzschirm für die Beschäftigten ist von dieser Regierung nicht zu erwarten. In der 13. Ausgabe von »Klar« stellt die Fraktion DIE LINKE Menschen hinter der Krise vor, die um ihre Arbeitsplätze bangen. Weitere Themen sind: Der Krieg in Afghanistan, Bahnprivatisierung und eine Schule ohne Sitzbleiber.

[http://www.linksfraktion.de/publikationen\\_klar.php](http://www.linksfraktion.de/publikationen_klar.php)



**Clara: Wir sind Europa**

Armut ist politisches Versagen. Lothar Bisky, Vorsitzender der Europäischen Linken, vertraut auf die kulturelle Widerstandskraft vernünftiger Menschen. Menschen brauchen mehr Mitspracherechte, wenn es um ihre Angelegenheiten geht. Das ist eine der Hauptforderungen der Europäischen Linken. Dazu kommt noch ein europaweit geltender Mindestlohn, Abrüstung statt Aufrüstung und keine Militäreinsätze mehr. »Die Leute müssen das Gefühl haben, es ist ihr Europa.«

[http://www.linksfraktion.de/publikationen\\_clara.php](http://www.linksfraktion.de/publikationen_clara.php)

info @

(kurz) Rückblick auf die Sitzungswoche

info @

### Parlamentarische Initiativen der LINKEn dieser Sitzungswoche (Auszug):

Antrag Späte Schwangerschaftsabbrüche- Selbstbestimmungsrecht von Frauen stärken  
Drs. 16/11377 <http://www2.kirstentackmann.de/uploads/spaeteabbrueche.pdf>

Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung des Progressionsvorbehalts für Kurzarbeitergeld“  
Drs. 16/12888 [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7783151045\\_1612888.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7783151045_1612888.pdf)

Große Anfrage „Ursachen und Folgen von Armut bei Kindern und Jugendlichen“  
Drs. 16/7582 [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7784587087\\_1607582.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7784587087_1607582.pdf)

Antrag „Soforthilfe zur Teilhabe-Ermöglichung für Conterganbetroffene“  
Drs. 16/11639 [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7757294275\\_1611639.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7757294275_1611639.pdf)

Antrag „Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk im Digitalzeitalter“  
Drs. 16/6773 [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7786395040\\_1606773.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7786395040_1606773.pdf)

Antrag „Neuregelung der GEZ-Befreiungstatbestände - Neuverhandlung des Rundfunkgebührenstaatsvertrages“ Drs. 16/5140 [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7783308763\\_1605140.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7783308763_1605140.pdf)

Antrag „Krankenversicherung für Selbständige bezahlbar gestalten“  
Drs. 16/12734 [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7726917225\\_1612734.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7726917225_1612734.pdf)

Antrag „Ein Moratorium für Sicherheitsgesetze bis zur Vorlage eines Prüfberichts zu Folgen der BVerfG-Urteile zur »Online-Durchsuchung«“  
Drs. 16/8981 [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7756737032\\_1608981.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7756737032_1608981.pdf)

### Namentliche Abstimmungen zu Spätabbrüchen und Gen Mais:

Abgestimmt wird über den über den Gesetzentwurf der Abgeordneten Johannes Singhammer, Kerstin Griese, Ina Lenke und weiterer Abgeordneter - Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes; Drs. 16/11106, 16/11347, 16/11330 und 16/12970

Fraktion	Ja	Nein	Enth.
CDU/CSU	215	0	1
SPD	54	146	0
FDP	42	11	0
LINKE	0	45	0
B90/Grüne	15	30	0

Abgestimmt wird über die Beschlussempfehlung (Ablehnung) des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über den Anbau von gentechnisch verändertem Mai stoppen; Drs. 16/11919 und 16/12841

Fraktion	Ja	Nein	Enth.
CDU/CSU	174	0	29
SPD	176	1	3
FDP	41	2	1
LINKE	0	30	0
B90/Grüne	0	44	0

FINANZ- &  
 WIRTSCHAFTS-  
 KRISE

# SCHUTZ SCHIRM

 FINANZ- &  
 WIRTSCHAFTS-  
 KRISE

## Linke an der Seite von demonstrierenden Milchbäuerinnen



Rund hundert Milchbäuerinnen aus ganz Deutschland demonstrieren bereits seit Montag Tag und Nacht vor dem Kanzleramt. Sie fordern von Bundeskanzlerin Merkel einen neuen „Milchgipfel“ und wollen direkt mit ihr darüber reden. Frau Merkel hat sich dem allerdings in den letzten vier Tagen verweigert. Mit einem Milchgipfel wollen die Bäuerinnen eigene Vorschläge zu Marktregelungen besprechen, die den Betrieben in Zukunft faire Milchpreise ermöglichen.

Die LINKE unterstützt die Bäuerinnen. Kirsten Tackmann sorgte für warmes Essen. Da die Bäuerinnen zum Teil seit mehreren Tagen im Freien aushalten und auch dort übernachten, wurde dieses sehr dankbar angenommen. Parallel zur logistischen Unterstützung richtet sich die LINKE mit einer kleinen Anfrage zur Milchpolitik an die Bundesregierung.

